

BREMER INITIATIVE FREIE IMPFENTSCHEIDUNG

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit einer eventuellen Entscheidung für eine allgemeine Impfpflicht zur Bekämpfung des Coronavirus SARS-CoV-2 beziehungsweise zur Umsetzung einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht tragen Sie eine hohe Verantwortung. Wer es zur Pflicht macht, sich mit den bislang in Deutschland zur Verfügung stehenden, nur bedingt zugelassenen Substanzen behandeln zu lassen, nimmt in Kauf, dass gesunde Menschen dadurch zu Schaden kommen oder gar sterben. Das heißt: Er läuft Gefahr, große Schuld auf sich zu laden. Diesen Aspekt Ihrer Entscheidung möchten wir Ihnen ins Bewusstsein rufen.

Unsere Aussagen und Einschätzungen werden wir mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und Veröffentlichungen belegen – der guten Lesbarkeit halber mit Endnoten. Wir sind eine Gruppe von Bremerinnen und Bremern, die sich von Anfang an intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Wir glauben fest an zivilisatorische Werte wie Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. In unseren Reihen verfügen wir über fachliche Kompetenz auf verschiedenen Gebieten, nicht zuletzt auf denen der Medizin, Justiz und Geschichte.

Dass das Injizieren des Bauplans für das Spike-Protein von SARS-CoV-2 Schädigungen und in manchen Fällen sogar den Tod zur Folge hat, verhehlt auch das Bundesverfassungsgericht nicht.ⁱ Zu den möglichen Folgen dieser Behandlung gehören erwiesenermaßen unter anderem Schädigungen des Herzensⁱⁱ und Thrombosenⁱⁱⁱ. Entgegen den öffentlich verbreiteten Erklärungen ist seit Kurzem auch wissenschaftlich belegt, dass die injizierte mRNA über lange Zeit im Körper wirken kann.^{iv} Außerdem belegt eine kürzlich veröffentlichte Arbeit schwedischer Forscher, dass die mRNA anders als immer wieder behauptet in die DNA körpereigener Zellen umgeschrieben werden kann.^v Wozu dies führen kann, müssen Langzeitstudien erst noch klären. Diskutiert wird auch ein möglicher Einfluss auf die Entstehung von Krebserkrankungen. In Fachjournalen haben verschiedene Wissenschaftler darauf hingewiesen, dass die Evidenzlage keine verpflichtenden Behandlungen mit den neuartigen Substanzen rechtfertigt^{vi} und dass es auf einen toleranten und respektvollen Umgang von sogenannten Geimpften und Ungeimpften ankomme^{vii}.

Verbietet es sich angesichts dieser Sachlage und der offenen Fragen nicht von selbst, Menschen zur Behandlung mit den neuartigen Substanzen zu drängen oder sie sogar dazu zu verpflichten? Wer an einer Impfpflicht mitwirkt, muss auch die Verantwortung für Risiken und Nebenwirkungen übernehmen.

Diese Fragen stellen sich umso dringender, als auch vorstellbare langfristige Folgen solcher Behandlungen, vor denen renommierte Fachleute aus verschiedenen Ländern von Anfang an gewarnt haben, durch niemanden ausgeschlossen werden können. Dauerhafte, irreversible Schädigungen des Immunsystems infolge des Injizierens des Bauplans für das Spike-Protein sind nur ein Aspekt unter anderen, der von Fachleuten diskutiert wird. Die kritischen Stimmen sind umso ernster zu nehmen, als es keineswegs an Hinweisen mangelt, dass

schwerwiegende Folgen der Behandlungen und auch Todesfälle sehr viel häufiger vorkommen als bislang angenommen. Entsprechende Signale kommen von unterschiedlichen Seiten aus dem In- und Ausland.^{viii}

Müsste dies nicht nur jeden Gedanken an verpflichtende Impfungen verbieten, sondern auch einen äußerst zurückhaltenden Umgang mit dieser Art der Behandlung gebieten?

Wir fragen weiter: Wie können überhaupt verpflichtende Impfungen ernsthaft erwogen werden, wo doch spätestens seit der Veröffentlichung entsprechender Studien in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 klar ist, dass sich die Wirkung der Behandlung mit den neuartigen Substanzen nicht mit der von Impfungen gegen Krankheiten wie Pocken, Hepatitis, Röteln oder Masern vergleichen lässt?

Die Impfung bewirkt keine sterile Immunität. Wer den Bauplan für das Spike-Protein injiziert bekommen hat, kann sich weiterhin infizieren, krank werden und andere infizieren.^{ix} Das für die Impfung angeführte Argument des Fremdschutzes ist damit nicht plausibel. Außerdem beschränkt sich die angenommene Schutzwirkung auf einige Monate, sodass nachgeimpft werden muss.^x Dass sich SARS-CoV-2 wie andere Atemwegserreger ständig verändert und dies auch in Zukunft tun wird, bedeutet zugleich, dass niemand voraussagen kann, mit welchen Erregern es die Gesellschaft in Zukunft zu tun haben wird. Niemand weiß, ob diese Erreger überhaupt zu größeren Problemen führen und in welchem Maße die zur Injektion zur Verfügung stehenden Substanzen einen Schutz bieten werden. Wer kann vor diesem Hintergrund allen Ernstes verlangen, dass sich Menschen mit den zur Verfügung stehenden Substanzen behandeln lassen und die damit verbundenen Risiken akzeptieren?

Wer Menschen zur Injektion verpflichtet, nimmt in Kauf, dass manche von ihnen Schaden erleiden oder gar sterben. Die Verantwortung dafür lässt sich nicht verschieben.

Ausdrücklich erinnern wir daran, dass beim bislang praktizierten faktischen Impfwang Standards verletzt werden, die zu den wichtigsten zivilisatorischen Errungenschaften gehören. Aus gutem Grund darf niemand gezwungen werden, Blut oder seine Organe zu spenden. Medizinische Eingriffe bedürfen der persönlichen Einwilligung. In Artikel 6 der Allgemeinen Erklärung über Bioethik und Menschenrechte der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation (UNESCO) heißt es: „Jede präventive, diagnostische und therapeutische medizinische Intervention hat nur mit vorheriger, freier und nach Aufklärung erteilter Einwilligung der betroffenen Person auf der Grundlage angemessener Informationen zu erfolgen.“ Artikel 3 besagt: „Die Interessen und das Wohl des Einzelnen sollen Vorrang vor dem alleinigen Interesse der Wissenschaft oder der Gesellschaft haben.“^{xi} Der gleiche Geist spricht aus einer im Januar 2021 verabschiedeten Resolution des Europarats. Wörtlich steht darin unter anderem: „Es ist sicherzustellen, dass niemand diskriminiert wird, weil er nicht geimpft wurde, aufgrund möglicher Gesundheitsrisiken oder weil er sich nicht impfen lassen möchte.“^{xii}

Auch aus rechtlicher Sicht halten wir eine Impfpflicht für inakzeptabel. Sie kommt nach Einschätzung von Verfassungsrechtlern nur dann in Frage, wenn sie zur Abwehr von herausragenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist. Dies wäre zum Beispiel der Fall, wenn durch eine Impfpflicht eine Überlastung des Gesundheitssystems verhindert oder eine sterile Immunität erlangt würde, die Weitergabe des Virus an andere also ausgeschlossen werden könnte. Da eine sterile Immunität nicht erlangt wird und der Selbstschutz einen derartigen Eingriff nicht rechtfertigt, bleibt lediglich der Schutz des Gesundheitssystems vor einer Überlastung übrig.

Was diesen Punkt anbelangt, vertreten wir die Auffassung, dass es eine zentrale Aufgabe des Staates ist, das Gesundheitssystem so auszustatten, dass es auch in temporären Ausnahmesituationen leistungsfähig bleibt. Spätestens nach zwei Jahren Pandemie darf dieses Argument jedenfalls nicht mehr dafür gebraucht werden, fundamentale Menschenrechte wie das Recht auf körperliche Integrität außer Kraft zu setzen.

Eine Überlastung des Gesundheitssystems hat selbst nach Aussage der Bundesregierung zu keinem Zeitpunkt bestanden.^{xiii} Damit wird nicht bestritten, dass es temporäre Überlastungen in einzelnen Kliniken gegeben hat oder auch geben wird.

Eine gesetzlich sanktionierte Impfpflicht verstieße gegen zentrale Werte demokratischer Rechtsstaaten. Wir bitten Sie ausdrücklich: Stoppen Sie die seit vielen Monaten praktizierte Diffamierung, Diskreditierung und Ausgrenzung sogenannter Ungeimpfter!

Diese sind sachlich unbegründet, verletzen zentrale Persönlichkeitsrechte und führen zu dauerhaften Schäden für das Miteinander, das Gemeinwesen und die Identifikation mit dem Staat. Sagen Sie den Menschen, wie sie sich persönlich vor einer Infektion mit SARS-CoV-2 schützen und mit welchen Mitteln sie die Wahrscheinlichkeit eines schweren Krankheitsverlaufs bei einer Infektion verringern können. Gerade der zuletzt genannte Punkt ist bislang in verantwortungsloser Weise vernachlässigt worden. Wer sich mit den zur Verfügung stehenden neuartigen Substanzen behandeln lassen möchte, soll dies tun. Aber es muss auch in Zukunft dem Ermessen eines jeden Einzelnen überlassen bleiben, sich ohne persönliche Nachteile dagegen zu entscheiden. Dies muss für alle Bürger gelten, auch die im Gesundheitssystem beschäftigten.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Brandin

Susanne Hartfiel

Prof. Dr. Jochen Hering

Uwe Hoffmann

Cengiz Kültür

PD Dr. Stefan Luft

Imme Wallenfels-Wendler

Dr. Jürgen Wendler

Bremen, im März 2022

Endnoten

- ⁱ[Bundesverfassungsgericht - Presse - Erfolgreicher Eilantrag zur Außervollzugsetzung der „einrichtungs- und unternehmensbezogenen Nachweispflicht“ nach § 20a Infektionsschutzgesetz](#)
- ⁱⁱ <https://jamanetwork.com/journals/jama/fullarticle/2788346>
[Myocarditis following mRNA vaccination against SARS-CoV-2, a case series \(nih.gov\)](#)
[Myocarditis Following Immunization With mRNA COVID-19 Vaccines in Members of the US Military - PubMed \(nih.gov\)](#)
[Association of Myocarditis With BNT162b2 Messenger RNA COVID-19 Vaccine in a Case Series of Children | Cardiology | JAMA Cardiology | JAMA Network](#)
[Myocarditis and Pericarditis After Vaccination for COVID-19 - PubMed \(nih.gov\)](#)
- ⁱⁱⁱ [Cerebral venous thrombosis after vaccination against COVID-19 in the UK: a multicentre cohort study \(thelancet.com\)](#)
[Vaccine-Induced Immune Thrombotic Thrombocytopenia with Disseminated Intravascular Coagulation and Death following the ChAdOx1 nCoV-19 Vaccine - ScienceDirect](#)
[Autoimmunity roots of the thrombotic events after COVID-19 vaccination - ScienceDirect](#)
- ^{iv} [Immune imprinting, breadth of variant recognition, and germinal center response in human SARS-CoV-2 infection and vaccination - ScienceDirect](#)
- ^v [CIMB | Free Full-Text | Intracellular Reverse Transcription of Pfizer BioNTech COVID-19 mRNA Vaccine BNT162b2 In Vitro in Human Liver Cell Line | HTML \(mdpi.com\)](#)
- ^{vi} [Evidence does not justify mandatory vaccines - everyone should have the right to informed choice | The BMJ](#)
- ^{vii} [The Vaccinated and unvaccinated need to coexist with tolerance and respect - The Lancet Regional Health – Europe](#)
- ^{viii} [Heidelberger Pathologe pocht auf mehr Obduktionen von Geimpften \(aerzteblatt.de\)](#)
[Coronavirus: Impf-Nebenwirkungen deutlich mehr als bisher bekannt - WELT 5.3.6-postmarketing-experience.pdf \(phmpt.org\)](#)
- ^{ix} [Community transmission and viral load kinetics of the SARS-CoV-2 delta \(B.1.617.2\) variant in vaccinated and unvaccinated individuals in the UK: a prospective, longitudinal, cohort study - The Lancet Infectious Diseases](#)
- ^x [Duration of effectiveness of vaccines against SARS-CoV-2 infection and COVID-19 disease: results of a systematic review and meta-regression - The Lancet](#)
- ^{xi} [2005 Allgemeine Erklärung über Bioethik und Menschenrechte.pdf \(unesco.de\)](#)
- ^{xii} [Covid-19 vaccines: ethical, legal and practical considerations \(coe.int\)](#)
- ^{xiii} [20220214 AW PSt Prof Franke SF 2_054.pdf](#)